



Kleine Fläschchen erhalten die Freundschaft

So geht Impfstoffpolitik: China liefert mehr als eine Million Dosen an Serbien, dafür stellt sich Präsident Aleksandar Vučić – ein politischer Freund von Sebastian Kurz – in Menschenrechtsfragen an die Seite Pekings.

Am Morgen des 16. Jänner um 9.50 Uhr landet eine Maschine am „Nikola Tesla“-Flughafen von Belgrad. TV-Kameras filmen, wie sich die Luke öffnet und ein weißer Container auf ein Förderband gleitet. Ein Stapellift hebt die schwere Fracht zu Boden – direkt vor die Füße des serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić. Neben ihm stehen Chen Bo, die chinesische Botschafterin, Bratislav Gašić, Serbiens Geheimdienstchef, sowie Gesundheitsminister Zlatibor Lončar. Die Delegation empfängt die Container, als handle es sich um bedeutende Staatsgäste. Im Inneren lagert ein knappes und global umkämpftes Gut, das flüssige Gold der Pandemie: eine Million Glasfläschchen Impfstoff. Made in China.

Die Fracht, die am 16. Jänner in Belgrad ankommt, steht am Beginn einer beneidenswerten Erfolgsgeschichte. Serbien, eines der ärmsten Länder Europas, impft seither seine Bevölkerung in einem Tempo, mit dem nicht einmal die EU-Spitzenreiter Dänemark oder Island mithalten können. Während in Österreich längst nicht alle Bewohner von Altenheimen geimpft wurden, sind in Serbien bereits Mittzwanziger dran. Und das in einem Land, dessen Gesundheitssystem bisher vor allem dafür bekannt war, dass Pfleger und Ärzte in Massen nach Westeuropa abwanderten. Jetzt ist es umgekehrt – Westeuropa hinkt Serbien hinterher. Die serbische Botschaft in Wien spricht in einer schriftlichen Stellungnahme an profil wortwörtlich von einem „Weltrekord“: „Derzeit hat Serbien Verträge über den Kauf von 6,5 Millionen Impfstoffdosen von verschiedenen Herstellern unterzeichnet.“

Zwei Millionen seien bereits eingetroffen, davon stammen drei Viertel aus Peking. China, die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, beliefert ein kleines Balkanland mit Unmengen an Sinopharm. Wer würde einen solchen Deal in Zeiten der Pandemie ausschlagen? Doch diese nette Geste ist längst nicht die ganze Geschichte der sino-serbischen Freundschaft.

Im Schatten blühender Handelsbeziehungen zwischen Belgrad und Peking hat sich ein Geflecht von politischen Abhängigkeiten gebildet. Serbien, seit 2012 Beitrittskandidat der Europäischen Union, ignoriert immer öfter die Grundwerte der Union, um sich an die Seite des autoritären, kommunistischen Ein-Parteien-Staates China zu stellen. Wer wissen möchte, welche Folgen intensive Wirtschaftsbeziehungen mit China haben können, findet hier eine Antwort: in Serbien und auf dem Westbalkan, einer Region, die in absehbarer Zeit Teil der EU sein soll.

Schon vor Ausbruch der Corona-Pandemie war Belgrad der wichtigste Verbündete Pekings in Europa. Als 2010 der Friedensnobelpreis an den in China inhaftierten Menschenrechtler Liu Xiaobo verliehen wurde, boykottierte Serbien die Verleihung und entsandte erst auf Druck Brüssels einen Vertreter. Zehn Jahre später hat dieser Druck seine Wirkung verloren – Präsident Vučić küsst vor laufenden Fernsehkameras die Flagge Chinas.

Die serbische Regierung fährt zwischen den beiden Großmächten China und EU einen strategisch

VON
FRANZISKA
TSCHINDERLE

ausgeklügelten Schlingerkurs. In der Coronavirus-Pandemie sieht das so aus:

März 2020. Die Pandemie schwappt auf Europa über. Nachdem Brüssel einen Exportstopp auf medizinische Schutzgüter verhängt, hält Aleksandar Vučić eine wütende Rede: „Jetzt ist jedem klar, dass die europäische Solidarität nicht existiert. Es war ein schönes Märchen!“

28. Mai. Der österreichische Außenminister Alexander Schallenberg und die Bundesministerin für EU Karoline Edtstadler stehen in einer Lagerhalle des Roten Kreuzes in Belgrad. Es ist ihre erste Auslandsreise nach Ausbruch der Pandemie. Sie übergeben eine Palette an Hilfsgütern und kündigen EU-Milliardenhilfen für die Pandemiebekämpfung auf dem Westbalkan an. Der serbische Außenminister Ivica Dačić bezeichnet die Annäherung seines Landes an China als „Unsinn“ und beruhigt: Serbien ist „auf klarem EU-Kurs“.

3. Juni. Eine Woche nach dem Besuch der Österreicher schreibt Vučić einen Brief an Xi Jinping. Es geht um Hongkong, eine Metropole, die mehr Einwohner als ganz Serbien zählt. Im Brief spricht sich Vučić für die „Wiedereingliederung“ der ehemals britischen Kolonie in das chinesische Festland aus. Damit stellt er das „Ein Land, zwei Systeme“-Prinzip infrage, den wichtigsten Pfeiler von Brüssels China-Politik. Es sieht vor, Hongkong bis 2047 als Sonderverwaltungszone zu führen und damit Presse- und Versammlungsfreiheit, aber auch freie Wahlen zu ermöglichen. In Brüssel ist man besorgt darüber, wie in Hongkong die Demokratie ausgehebelt wird, Belgrad hingegen unterstützt den Kurs.

7. Oktober. 39 Nationen, darunter Österreich und Deutschland, rufen im UN-Menschenrechtsrat dazu auf, unabhängigen Beobachtern Zugang zur Region Xinjiang zu gewähren, wo laut Schätzungen eine Million Uiguren in Umerziehungslagern interniert sind. Bereits im Dezember 2019 hatte Marko Đurić, mittlerweile serbischer Botschafter in den USA, mit einem Interview zur Uiguren-Frage für Aufregung gesorgt. Er warf westlichen Medien vor, die Wahrheit in Xinjiang zu vertuschen, wo es moderne Schulen, schöne Häuser und Züge gäbe: „Ich kann Ihnen sagen, dass viele Länder in meinem Teil der Welt Xinjiang um seine Minderheitenrechte beneiden würden.“ Im selben Monat vergibt das Europäische Parlament den Sacharowpreis für Menschenrechte an den uigurischen Ökonomen Ilham Tohti, der in einem Schauprozess zu lebenslanger Haft verurteilt worden ist, weil er sich für die Rechte seines Volkes einsetzte.

Angesprochen auf die Frage, welche Rolle China in der Außenpolitik einnimmt, antwortet die serbische Botschaft: „Die europäische Integration bleibt strategisches Bestreben der Republik Serbien. Doch gleichzeitig muss sich jedes Land um seine Interessen kümmern. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir der EU gegenüber nicht Loyalität zeigen.“

Serbien sitzt konsequent zwischen den Stühlen. Tatsächlich ist die Europäische Union immer noch der größte Geldgeber auf dem Balkan. Dennoch inszeniert sich China in Serbien immer selbstbewusster als Retter in der Not. Für Brüssel, das bei seiner Erweiter-

BIG BROTHER
Im April 2020 taucht dieses Plakat in Belgrad auf. Darauf steht: Danke, Bruder Xi!

Sonderweg mit Sputnik

Als bisher einziges EU-Land hat Ungarn den russischen und chinesischen Impfstoff zugelassen. Doch was wie ein politischer Erfolg wirkt, kommt bei der Bevölkerung weniger gut an.

Der ungarische Regierungschef Viktor Orbán küsst zwar keine chinesische Fahne, doch im Kniefall vor der kommunistischen Großmacht steht er seinem serbischen Gesinnungsfreund Aleksandar Vučić kaum nach. „Ungarn ist der Volksrepublik China und persönlich ihrem Präsidenten Xi für all die Hilfe in dieser an Herausforderungen reichen Zeit dankbar“, lobte er vergangene Woche beim Video-Gipfel der „17+1“. Hinter dem Zahlencode steht ein Forum, das China vor neun Jahren ins Leben gerufen hat, um seine wirtschaftspoliti-

schen Interessen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa zu fördern.

Orbán kuschelt mit Autokraten, wo er sie finden kann. Er begeisterte sich für Donald Trump, noch bevor dieser zum US-Präsidenten gewählt wurde. Er jettete, als einziger EU-Regierungschef, zur Amt-

übernahme des brasilianischen Präsidenten und Amazonaswald-Vernichters Jair Bolsonaro. Mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan verbindet ihn eine enge Männerfreundschaft: 2017 gratulierte ihm Orbán zum umstrittenen Verfassungsreferendum. Wladimir Putin hat er wiederholt nach Budapest eingeladen und dem rechtskräftig verurteilten mazedonischen Ex-Regierungschef Nikola Gruevski politisches Asyl gewährt.

Mit der Europäischen Union, der sein Land seit 2004 angehört, liegt der Rechtspopulist dafür im Dauer-Clinch. Immer wieder überwirft er sich mit den EU-Institutionen wegen seiner restriktiven Asylpolitik, wegen der Unterdrückung von Medien und

Universitäten oder wegen des Missbrauchs von EU-Förderungen. Orbán stellt das als Kampf um den Erhalt von Souveränität dar, gegen eine vermeintliche Bevormundung durch Brüssel, das er ein „neues Moskau“ nennt.

Dass jetzt Russland und China eigene Impfstoffe gegen Covid auf den Markt werfen, kommt Orbán doppelt gelegen. Die Aussicht, die Pandemie verkürzen zu können, verbindet sich mit der Möglichkeit, sich als „Führer der Nation“ zu inszenieren, der es den unfähigen EU-Bonzen wieder einmal zeigt.

Als bisher einziges EU-Land hat Ungarn den russischen Impfstoff Sputnik V und das chinesische Präparat Sinopharm zugelassen. In Russland hat Budapest zwei Millionen, in China fünf Millionen Dosen bestellt. 3,5 der knapp zehn Millionen Ungarn könnten damit geimpft werden. Liefern die Exportländer ihre Tranchen pünktlich – was man nicht mit Sicherheit sagen kann –, könnte Ungarn bereits im April der Herdenimmunität nahekommen. Das wäre um zwei Monate früher, als wenn es auf die im Westen bestellten Vakzine gewartet hätte.

Anders als in Serbien läuft in Österreichs Nachbarland noch keine große Impfkampagne. Sputnik V lagert bereits in Budapest und wird demnächst verabreicht werden. Die erste Lieferung von Sinopharm wird diese Woche erwartet. Für China wäre es zweifellos ein Propagandaerfolg, würde sein in der EU nicht zugelassenes Erzeugnis in einem EU-Land zur Anwendung gelangen.

„Ungarn hat sich damit nicht zu China bekannt“, versuchte am vergangenen Mittwoch der Leitartikel des Regierungssprachrohrs „Magyar Nemzet“ abzuwiegeln. „Es hat sich

nicht weiter von der EU entfernt. Vielmehr machte es als souveränes Land von seinem Recht Gebrauch, seine eigene Bevölkerung vor dem Coronavirus zu schützen.“

Tatsächlich entfremdet sich Ungarn unter Orbán immer mehr von der westlichen Wertegemeinschaft, je stärker es die Nähe Moskaus und Pekings sucht. Regelmäßig verhindert die ungarische Diplomatie das Zustandekommen einstimmiger Resolutionen der EU gegen die Missachtung der Menschenrechte in China. Als treuer Verbündeter des Kremls blockiert Ungarn die Zusammenarbeit der Ukraine mit der NATO. Zusammen mit russischen Staatsideologen und amerikanischen Religionsfundamentalisten kämpfen ungarische Offizielle im sogenannten „Weltkongress der Familien“ für ein reaktionäres Geschlechterbild. Während Orbán die vom liberalen US-Investor George Soros gegründete, weltweit anerkannte Central European University (CEU) nach Wien vertrieb, schenkte er der von der Kommunistischen Partei Chinas kontrollierten Fudan-Universität für eine Filialgründung in Budapest das Campus-Gelände im Wert von 821 Millionen Forint (2,3 Millionen Euro).

Orbán selbst kommt in Ungarn gut an, sein prorussischer und prochinesischer Kurs greift aber nur bei einem kleineren Teil seiner Anhänger. Eine Umfrage des Instituts Medián legt nahe, dass die ungarische Bevölkerung Berührungssängste mit östlichen Impfstoffen hat. Demnach würden 84 Prozent jener Befragten, die keine Impfgegner sind, einen westlichen Impfstoff nicht ablehnen. Bei russischen Vakzinen liegt diese Akzeptanz bei nur 43 Prozent, für chinesische bei gar nur 27 Prozent.

VON GREGOR MAYER



AUF ABWEGEN
Wohin steuert Orbán sein Land?



BESUCH AUS WIEN
Außenminister Schallenberg (2. v. r.) und die für die EU zuständige Ministerin Edtstädler (2. v. l.) im Mai 2020 in Belgrad

Aleksandar Vučić, dessen rechtskonservative Fortschrittspartei (SNS) seit 2012 an der Macht ist, regiert Serbien im Stile eines Viktor Orbán. Die reichweitenstärksten Medien im Land sind ihm hörig, politische Gegner „interessieren mich nicht“, erklärte er zuletzt im Wahlkampf. Im Juni 2020 erlangte die SNS bei den Parlamentswahlen mit mehr als 60 Prozent ihr bestes Ergebnis aller Zeiten. Solcherart gestärkt, betritt Vučić die geopolitische Bühne, derzeit am liebsten an der Seite von „Bruder Xi.“

Präsident Vučić spricht von einer „stahlharten“

ungspolitik säumig geworden sei, komme das einer herben Niederlage gleich, sagt Florian Bieber, Leiter des Zentrums für Südosteuropastudien an der Universität Graz. Vučić sende ein trotziges und folgenschweres Signal an die gesamte Region, das da lautet: „Warum soll man sich auf Brüssel noch verlassen?“

Freundschaft mit Peking, die auch im Stadtbild von Belgrad ihre Spuren hinterlässt. Seit 2014 spannt sich dort eine von einem chinesischen Bauunternehmen errichtete Brücke über die Donau, die Vučić als Monument der sino-serbischen Freundschaft bezeichnet. Nachdem China im März 2020 ein Flugzeug mit Ärzten und Masken schickte, prangten in der Hauptstadt Plakate mit dem Konterfei von Xi Jinping. Für Heiterkeit hat ein YouTube-Video gesorgt, in dem der serbische Präsident einige Sätze Mandarin spricht, eine Sprache, die kaum einer seiner Wähler versteht.

Die Liebesbeziehung zwischen Serbien und China mag erstaunen. Blickt man in der Geschichte zurück, dann war stets Russland der traditionelle Verbündete Serbiens – schon im Ersten Weltkrieg, als Österreich noch eine Monarchie war. Die Nähe entstand erst in den 1990er-Jahren, als China im jugoslawischen Präsidenten und Kriegsverbrecher Slobodan Milošević eine letzte Bastion des Kommunismus in Europa sah. Vučić, damals Informationsminister von Milošević, hat diese Beziehungen seit 2009 weiter vertieft, auch deswegen, weil China die Anerkennung des Kosovo im UN-Sicherheitsrat blockiert, der sich 2008 einseitig von Serbien losgesagt hat.

Peking verfolgt vordergründig wirtschaftliche Ziele in Südosteuropa, einer Region, die seit den Jugoslawienkriegen auf Kredite angewiesen ist, um die marode Infrastruktur auf Vordermann zu bringen.

Wussten Sie, dass ...

... die **Wirtschaftsberichterstattung im KURIER die Menschen und nicht die Zahlen in den Vordergrund rückt?** Die Wirtschaft besteht aus inspirierenden Menschen, deren Schicksale, Leben und Leistungen wir als JournalistInnen begleiten dürfen.



Wolfgang Unterhuber | Ressortleiter Wirtschaft
Simone Hoepke | Stv. Ressortleiterin Wirtschaft

Faktenbasierter Journalismus ist unsere Leidenschaft.

KURIER

„Viele Länder in meinem Teil der Welt können Xinjiang um seine Minderheitenrechte beneiden.“

Marko Đurić,
serbischer
US-Botschafter

Peking bietet dafür eine schnelle und unkomplizierte Lösung, indem es Gelder nicht an Umweltauflagen oder Justizreformen knüpft. Das beunruhigt Beobachter, die seit Jahren vor einem Demokratieabbau auf dem Westbalkan warnen. Einer davon ist Vesko Garčević, der ehemalige Botschafter Montenegros bei der NATO. Er lebt heute in den USA, wo er an der Universität von Boston lehrt. „Der Nationalismus ist am Erstarren, der Reformwille schwach“, erzählt er am Telefon, „und jetzt hat Europa auch noch das mit den Impfdosen vermasselt.“

Der Einfluss Chinas, so Garčević, zeige sich zum Beispiel auf den Weinfeldern rund um die Stadt Smederevo, 50 Kilometer von Belgrad entfernt. Dort seien die Hügel im vergangenen Sommer mit Ruß bedeckt gewesen. Er stammt aus den Schornsteinen von Serbiens größtem Stahlwerk, das 2016 von einer chinesischen Firma aufgekauft wurde. Zur Einweihung reiste Xi Jinping persönlich an, um eine neue Ära der bilateralen Beziehungen anzukündigen. Jetzt, kritisiert Garčević, werden mangelnde Umweltauflagen vertuscht und Serbien sei in einem Hamsterrad gefangen: „Du erhältst Kredite. Und um das nächste Mal

bessere Konditionen zu bekommen, versuchst du, ein guter Alliiertes zu sein.“ Welchen Preis bezahlt Serbien für seinen Schuldenberg?

Diese Frage stellt man sich auch im EU-Parlament. Am 20. Jänner, vier Tage nach der Ankunft der Impfstoff-Container in Belgrad, unter-

zeichneten 26 EU-Abgeordnete einen Brief an den Erweiterungskommissar Olivér Várhelyi. Darin äußerten sie Besorgnis über den wachsenden Wirtschaftseinfluss Chinas in Serbien.

Aber auch andere Länder in Südosteuropa profitieren von Pekings Mega-Projekten. Im griechischen Piräus-Hafen entsteht mit der Hilfe Chinas der am schnellsten wachsende Containerhafen in Europa. China vergibt Kredite für Kraftwerke in Bosnien, finanziert Montenegros erste Autobahn und investiert in eine Hochgeschwindigkeitsbahn zwischen Budapest und Belgrad. In Zrenjanin, einer Stadt im Nordosten Serbiens, ist das chinesische Unternehmen Linglong dabei, eine Autoreifenfabrik zu errichten. Nach dem Stahlwerk ist mittlerweile auch Serbiens größte Kupfermine in chinesischer Hand. Im Juli 2020 präsentierte Vučić der serbischen Öffentlichkeit sechs Militärdrohnen aus chinesischer Produktion und erklärte vor Journalisten: „Sie können Ziele in neun Kilometern Entfernung treffen.“

In Zeiten der Pandemie sichert sich China nicht mit Baufirmen, sondern mit Pharmakonzernen Serbiens Dankbarkeit. Die Ressourcen der Krise sind nicht Stahl, Gummi oder Kupfer, sondern Polypropylen für Mas-

ken und Zellkulturen für die Impfstoffherstellung. Wer über diese Mangelwaren verfügt, steigert sein Prestige in der Welt. Xi Jinping erkannte das schon früh und sprach von einer neuen „Seidenstraße der Gesundheit“. Auf der historischen Handelsstraße wurde einst Seide vom Reich der Mitte in das alte Rom gehandelt. Und diese Parallele ist bezeichnend, denn Italien war das erste EU-Mitgliedsland, das nach Ausbruch der Pandemie tonnenweise Ausrüstung aus China erhielt.

„Die autoritären Regime sind klüger geworden“, sagt Faruk Ajeti, wissenschaftlicher Mitarbeiter am österreichischen Institut für internationale Politik (oiip). Er erforscht die Ziele Pekings in Südosteuropa: „China ist das erste Land, das von Covid betroffen war, aber auch das erste, das sich vom Virus erholt hat. Jetzt will es im Ausland den Eindruck vermitteln, dass es sich nicht nur um sich selbst, sondern auch um andere kümmert.“ Diese Strategie hat einen Namen: Masken- beziehungsweise Impfdiplomatie.

Aus den EU-Mitgliedsländern war bisher nur verhaltene Kritik zu hören. „Vučić gelingt es immer noch, westliche Politiker von sich zu überzeugen“, so Florian Bieber von der Universität Graz, und er hebt einen Namen hervor: Sebastian Kurz. Mit ihm verbindet ihn eine „politische Freundschaft“. Vor der Nationalratswahl 2019 sandte Vučić dem ÖVP-Spitzenkandidaten eine Wahlkampfempfehlung per Videobotschaft: Kurz sei ein „ehrlicher, verantwortungsvoller und seriöser“ Politiker.

Was sagt nun das österreichische Bundeskanzleramt über den Kuschelkurs Serbiens mit China? Eine Anfrage von profil an das Kanzlerbüro bleibt unbeantwortet. Aus dem Büro von Karoline Edtstadler, der für die EU zuständigen Ministerin, heißt es hingegen: „Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass manche die Krise auch dafür nutzen, geopolitisch an Einfluss zu gewinnen. Dass China umfassende Hilfen rein selbstlos vergibt, darf durchaus bezweifelt werden.“

Derzeit gewinnt China das Rennen um die Herzen der Serbinnen und Serben. Zwar hat Brüssel Ende Dezember den Westbalkanländern einen Fond von 70 Millionen Euro zugesagt, doch Masken und Impfdosen sind plakativer. Und Aleksandar Vučić zeichne ein verzerrtes Bild, so Faruk Ajeti vom oiip: „Eigentlich müsste er die europäische Flagge küssen, denn die EU-Mitgliedsländer sind die wichtigsten Geldgeber in der Region. Stattdessen tut Vučić so, als käme die einzige Hilfe aus China.“ Diese Symbolpolitik schlägt sich schon jetzt in Meinungsumfragen nieder, erzählt der serbische Politikwissenschaftler Vuk Vukсанovic. Er arbeitet für das Belgrader Zentrum für Sicherheitsstudien und hat an Serbiens neuer Außenpolitik-Umfrage mitgearbeitet.

75 Prozent der Befragten glauben, dass China im Zuge der Pandemie die größte Hilfe geleistet hat, während die EU auf gerade einmal drei Prozent kommt. Die Umfrage stammt vom September 2020 – vier Monate, bevor die weißen Stahlcontainer aus China am Flughafen von Belgrad gelandet waren. Der Wert dürfte mittlerweile gestiegen sein. Am Abend des 10. Februar kam eine weitere Lieferung von einer halben Million Dosen an. Pünktlich zum chinesischen Frühlingsfest. ■



TRIUMPHALE ANKUNFT
Im März 2020 begrüßt der serbische Präsident chinesische Ärzte am Flughafen von Belgrad.

APA / ARA / JUMIRBE GOLJ / SERBIAS PRESIDENTIAL PRESS SERVICE